

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1954 I

Berlin, den 24. Mai 1954

Nr.50

Tag	Inhalt	Seite
13.5.54	Bekanntmachung des Beschlusses zur Unterstützung werktätiger Bauern, die aus Westdeutschland kommen und im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen werden	489
4. 5. 54	Preisverordnung Nr. 354. — Verordnung über die Festsetzung von Preisen und über Güte- und Abnahmevorschriften für Ziegen-, Zickel-, Lamm- und Kaninfelle —	490
13. 5. 54	Verordnung über die Bildung einer einheitlichen Anglervereinigung in der Deutschen Demokratischen Republik	492
13. 5. 54	Verordnung über Vergütungen für Metalleinsparungen	492
13.5. 54	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Vergütungen für Metalleinsparungen	493
12. 5. 54	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Verbot von Anzahlungen und über die Abrechnung langfristiger Einzelfertigungen	493
12.5.54 *	Dritte Durchführungsbestimmung zum Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs	495

Hinweis auf Verkündungen im Zentralblatt der Deutschen Demokratischen Republik 496

Bekanntmachung des Beschlusses

zur Unterstützung werktätiger Bauern, die aus Westdeutschland kommen und im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen werden.

Vom 13. Mai 1954

Nachstehend wird der Beschluß des Ministerrates vom 13. Mai 1954 zur Unterstützung werktätiger Bauern, die aus Westdeutschland kommen und im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen werden, bekanntgemacht.

Berlin, den 13. Mai 1954

Staatssekretär der Regierung
und Chef der Regierungskanzlei
Dr. Geyer

Durch die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland und die sich daraus ergebende Agrarpolitik der Adenauer-Regierung wird die Existenz der Klein- und Mittelbauern Westdeutschlands aufs schwerste gefährdet.

Seit 1945 wurden bereits über 700 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche für die Errichtung der amerikanischen Stützpunkte beschlagnahmt. Darüber hinaus kündigt Adenauer den Raub von weiteren 7 bis 8 Millionen ha landwirtschaftlicher Nutzfläche der Klein- und Mittelbauern zugunsten der Großagrarien und Bodenspekulanten an.

Das sind Maßnahmen zur Verwirklichung der sogenannten Europäischen Agrarunion, durch die die westdeutsche Landwirtschaft in einen von Großagrariern beherrschten Kartoffelacker und Getreidespeicher für die EVG-Armee verwandelt werden soll.

Nach den Plänen Adenauers sollen die auf diese Weise von ihrem Boden vertriebenen werktätigen Bauern als Söldner in die EVG-Armee gepreßt oder als billige Arbeitskräfte nach Kanada, Südamerika und Australien verschleppt werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordert die westdeutschen Bauern auf, in der deutschen Heimat zu bleiben, der Adenauer-Kriegspolitik Widerstand zu leisten und um die Erhaltung ihres Grund und Bodens zu kämpfen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, solchen Bauern, die von den amerikanischen Okkupationsmächten und den Bonner Militaristen vertrieben werden, Boden in der Deutschen Demokratischen Republik zu geben, den sie als Einzelbauern bewirtschaften können.

Entsprechend der Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. November 1953 wird folgendes beschlossen:

1. Die Übernahme von Grund und Boden durch werktätige Bauern und Landarbeiter, die aus Westdeutschland kommen und in der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen werden, erfolgt

nach den Bestimmungen der Bodenreform-Verordnungen, die im September 1945 von den damaligen Länder- und Provinzialverwaltungen beschlossen wurden.